Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Gesetz- und Verordnungsblätter - digitalisiert

Land Baden

Karlsruhe, 1803 - 1952

Nr. 17

urn:nbn:de:bsz:31-33161

Visual Library

Amtsblatt des Landesbezirks Baden

5. Jahrgang | Karlsruhe, 2. Oktober 1950 | Nr. 17

Inhalt:

I. GESETZE UND VERORDNUNGEN:

Verordnung Nr. 397 des Innenministeriums über die Ein- und Durchfuhr von Hasen und Kaninchen vom 8. 8. 1950, Seite 205.

Verordnung Nr. 745 des Arbeitsministeriums zur Durchführung des Gesetzes zur Erhaltung schutzwürdiger Heimarbeit vom 18. 8. 1950, Seite 205.

Gesetz Nr. 558 über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Württemberg-Baden für das Rechnungsjahr 1950 (Staatshaushaltsgesetz) vom 3. 8. 1950, Seite 206.

II. BEKANNTMACHUNGEN UND RUNDERLASSE:

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — über den Bevollmächtigten für das Feuerlöschwesen im Landesbezirk Baden vom 15. 9. 1950 Nr. 48 543/IVa, Seite 222.

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — über das Aufbaugesetz und Baulandgesetz, hier, Allgemeine Genehmigung Nr. 19 bzw. 33 zu den Militiärregierungsgesetzen Nr. 52 und 53, vom 15. 9. 1950 Nr. 49 388/IVa, Seite 222.

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — über Einreisebestimmungen nach Paraquay vom 16. 9. 1950 Nr. 48 408/VA, Seite 222.

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — über die Fortführung der Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten vom 21. 9. 1950 Nr. 49 051/VA, Seite 223.

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — über die Zuteilung von Schlüsselnummern für Kraftfahrzeuge und Anhänger vom 21. 9. 1950 Nr. 49 288/VA, Seite 223.

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht — betr. Sprechtage vom 22. 9. 1950 Nr. AI 4357, Seite 223.

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht — über die Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen, Fachrichtung Kunsterziehung, Frühjahr 1951, vom 14. 9. 1950 Nr. B 16 411, Seite 223.

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht — über die Notenstufen in den Schulzeugnissen vom 21. 9. 1950 Nr. B 7406, Seite 224.

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Finanzen (Abteilung für Straßen-, Wasser- und Vermessungswesen) — über die Verbindung des neuen Liegenschaftskatasters (Reichskataster) mit dem Grundbuch vom 12. 9. 1950 Nr. L 7130 - 13 b 5, Seite 224.

I. Gesetze und Verordnungen

Verordnung Nr. 397 des Innenministeriums über die Ein- und Durchfuhr von Hasen und Kaninchen

Vom 8. August 1950

Auf Grund des § 7 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt S. 519) wird zur Verhütung der Einschleppung der Tularämie folgendes verordnet:

§ 1

Die Ein- und Durchfuhr von lebenden und toten Hasen sowie von lebenden und toten wilden und zahmen Kaninchen aus den Ost- und Südoststaaten sowie aus Frankreich ist verboten.

§ 2

Aus den übrigen europäischen und allen außereuropäischen Ländern dürfen lebende und tote Hasen sowie lebende und tote wilde und zahme Kaninchen nur ein- und durchgeführt werden, wenn durch das Zeugnis eines beamteten Tierarztes des Herkunftslandes nachgewiesen wird, daß die Tiere aus Gegenden stammen, in denen kein seuchenhaftes Sterben von Hasen, Kaninchen und anderen Nagetieren bekanntgeworden ist.

§ 3

Ausnahmen von dem Verbot des § 1 bedürfen der Genehmigung des Innenministeriums.

§ 4

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Stuttgart, den 8. August 1950

In Vertretung
Kiefer

— Reg.Blatt Nr. 15 vom 8. September 1950, S. 88

Verordnung Nr. 745 des Arbeitsministeriums zur Durchführung des Gesetzes zur Erhaltung schutzwürdiger Heimarbeit

Vom 18. August 1950

Auf Grund von § 5 des Gesetzes Nr. 742 vom 3. April 1950 (Reg.Bl. S. 43)[1]) wird im Einvernehmen mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium verordnet:

§ 1

Zu § 2:

(1) Das Arbeitsministerium entscheidet, ob die Voraussetzungen der Förderung nach § 2 gegeben sind.

(2) Der Antrag, eine Heimarbeit für schutzwürdig zu erklären, ist dem Arbeitsministerium unter Beschreibung der Heimarbeit und Vorlage von Mustern schriftlich einzureichen.

§ 2

Zu § 4 Abs. 2:

(1) Der Antrag auf Gewährung eines verlorenen Zuschusses ist im Landesbezirk Württemberg beim Ar-

Badische Landesbibliothek

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

beitsministerium, im Landesbezirk Baden beim Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abteilung Wirtschaft und Arbeit, schriftlich einzureichen.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. Eine Liste sämtlicher Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, die am 1. April 1950 oder an dem gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes festgesetzten Stichtag mit der für schutzwürdig erklärten Heimarbeit beschäftigt waren, unterteilt nach
   a) Sozialversicherungspflichtigen,
   b) Nicht-Sozialversicherungspflichtigen.
   Die Liste muß den monatlichen Durchschnittsbruttoverdienst der einzelnen Sozialversicherungspflichtigen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen in den dem Stichtag vorangegangenen 3 Monaten enthalten.
2. Eine Liste sämtlicher sozialversicherungspflichtigen Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, die in dem Monat, für den ein Zuschuß beantragt wird, mit der für schutzwürdig erklärten Heimarbeit beschäftigt waren, unter Angabe der einzelnen Bruttoverdienste in diesem Monat.
3. Die Bestätigung der Richtigkeit der Angaben über die Sozialversicherungspflicht und die Höhe der Bruttoverdienste in den Listen nach Ziff. 1 und 2 durch die zuständige Krankenkasse. Soweit die Bruttoverdienste der Krankenkasse nicht gemeldet werden, bestätigt diese die Richtigkeit auf Grund der ihr vorzulegenden Entgeltbücher.

§ 3

Zu § 4 Abs. 2:

Das Arbeitsministerium, im Landesbezirk Baden der Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Wirtschaft und Arbeit, ist berechtigt, jederzeit an Ort und Stelle die Angaben nachprüfen zu lassen, sowie die Antragsteller zu weiteren schriftlichen oder mündlichen Auskünften zu veranlassen.

§ 4

Die Verordnung tritt am 1. April 1950 in Kraft.

Stuttgart, den 18. August 1950.

M. d. F. d. G. b.
Stetter
Ministerialdirektor

[1]) Amtsblatt S. 116

Gesetz Nr. 558
über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Württemberg-Baden für das Rechnungsjahr 1950 (Staatshaushaltsgesetz)

Vom 3. August 1950

Der Landtag hat am 3. August 1950 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan des Landes Württemberg-Baden für das Rechnungsjahr 1950 wird wie folgt festgestellt:

A. Ordentlicher Haushalt

	Landesbezirk Württemberg	Landesbezirk Baden	Württemberg-Baden insgesamt
Fortdauernde Einnahmen	590 965 250 DM	290 085 050 DM	881 050 300 DM
Einmalige Einnahmen	1 627 800 DM	461 400 DM	2 089 200 DM
zusammen Einnahmen	592 593 050 DM	290 546 450 DM	883 139 500 DM
Fortdauernde Ausgaben	488 213 050 DM	315 929 400 DM	804 142 450 DM
Einmalige Ausgaben	25 026 500 DM	19 102 350 DM	44 128 850 DM
zusammen Ausgaben	513 239 550 DM	335 031 750 DM	848 271 300 DM
	79 353 500 DM Mehreinnahme	44 485 300 DM Mehrausgabe	34 868 200 DM Mehreinnahme
ab: Zuschuß an den Außerordentlichen Haushalt — einmalige Ausgabe —	34 868 200 DM	—	34 868 200 DM
Rest	44 485 300 DM Überschuß	44 485 300 DM Fehlbetrag	Ausgleichung

B. Außerordentlicher Haushalt

	Landesbezirk Württemberg	Landesbezirk Baden	Württemberg-Baden insgesamt
Einnahmen (einschl. des Zuschusses aus dem Ordentlichen Haushalt)	108 347 500 DM	71 434 000 DM	179 781 500 DM
Ausgaben	108 347 500 DM	71 434 000 DM	179 781 500 DM
		Ausgleichung	

§ 2

(1) Über die letzten 10 v. H. der im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel für fortdauernde sächliche Ausgaben darf nur mit vorheriger Zustimmung des Finanzministeriums verfügt werden.

(2) Sofern im Laufe des Rechnungsjahres Mindereinnahmen oder Mehrausgaben gegenüber den Ansätzen im Staatshaushaltsplan zu erwarten sind, ist die Staatsregierung ermächtigt, die Ausgabeansätze bis zur Gesamthöhe der Mindereinnahmen oder Mehrausgaben zu kürzen. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Ausgaben, die zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen notwendig sind oder auf gerichtlich klagbaren Verpflichtungen des Staates beruhen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

§ 3

(1) Die in den Einzelplänen veranschlagten Mittel für Besoldungen der nichtplanmäßigen Beamten (Tit. 102) und für Bezüge der Angestellten und Arbeiter (Tit. 103) sind innerhalb desselben Haushaltskapitels gegenseitig deckungsfähig.

(2) Die Mittel für Besoldungen der nichtplanmäßigen Beamten (Tit. 102) und für Bezüge der Angestellten und Arbeiter (Tit. 103) können bis zur Höhe etwaiger durch Nichtbesetzung von Planstellen bei Tit. 100 desselben Haushaltskapitels erzielter Ersparungen überschritten werden.

§ 4

Bei der Übertragung von Aufgaben aus dem Geschäftsbereich einer für einen Einzelplan zuständigen obersten Stelle in den Geschäftsbereich einer anderen obersten Stelle können mit Genehmigung des Finanzministeriums Württemberg-Baden die entsprechenden Titel der betreffenden Einzelpläne übertragen werden.

§ 5

Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Bestreitung der im Außerordentlichen Haushalt auf Rechnung von Anleihen vorgesehenen Ausgaben Mittel bis zum Höchstbetrag von 78 857 300 DM im Wege des Kredits zu beschaffen.

§ 6

Zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Landeshauptkassen wird das Finanzministerium ermächtigt, mit Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags im Rechnungsjahr 1950 Darlehen nach Bedarf, jedoch nur bis zu dem Betrag von 50 Millionen DM, mit längstens einjähriger Laufzeit aufzunehmen.

§ 7

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, im Rechnungsjahr 1950 zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Wirtschaftslage hervorgerufener Bedürfnisse Gewährleistungen und Bürgschaften bis zur Höhe von insgesamt 60 Millionen DM zu übernehmen. Vor der Übernahme von Gewährleistungen und Bürgschaften im Einzelbetrage von 100 000 DM und mehr ist die Zustimmung des Finanzausschusses des Landtags erforderlich. In besonders dringenden Fällen kann diese Zustimmung nachträglich eingeholt werden.

(2) Die Vorschriften des Abs. 1 treten an die Stelle des Gesetzes Nr. 552 über Gewährleistungen und Bürgschaften des Landes Württemberg-Baden im Rechnungsjahr 1950 vom 22. Mai 1950 (Reg. Bl. S. 51) [1])

§ 8

Der im Landesbezirk Baden von den Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts gemäß Art. 1 der Verordnung vom 29. Juli 1939 (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 151) zu zahlende Beitrag für die Bewirtschaftung ihrer Waldungen durch staatliche Forstbeamte wird auf 0,52 DM für je 1 DM des Grundsteuermeßbetrags der bewirtschafteten Waldungen festgesetzt.

§ 9

Die Finanzzuweisung gemäß Art. 6 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden in Württemberg-Baden vom 15. Oktober 1947 (Reg.Bl. S. 110) [2]) beträgt auf den Kopf der Wohnbevölkerung im Landesbezirk Württemberg 15 DM 10 Dpf, im Landesbezirk Baden 7 DM 76 Dpf.

§ 10

Dem Ausgleichstock für leistungsschwache Gemeinden und Gemeindeverbände werden gemäß Art. 6 Abs. 2 Nr. 5 und Nr. 6 Satz 3 des Gesetzes über den Finanzausgleich für den Landesbezirk Württemberg 8 288 300 DM und für den Landesbezirk Baden 3 500 000 DM zugewiesen.

§ 11

Über- und außerplanmäßige Ausgaben i. S. des § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung sind dem Finanzausschuß des Landtags vierteljährlich nachträglich mitzuteilen.

§ 12

In § 30 a der Reichshaushaltsordnung wird die Zahl 30 000 RM durch die Zahl 100 000 DM, die Zahl 10 000 RM durch die Zahl 30 000 DM ersetzt.

§ 13

Zur Durchführung der notwendigen Verwaltungsreform gilt folgendes:

1. Die Bestimmung des Art. 57 Abs. 1 BG., wonach der Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit mit dem Ende des Monats in den Ruhestand tritt, in dem er das 68. Lebensjahr vollendet hat, wird wie folgt geändert:

Die Altersgrenze wird im Kalenderjahr 1950 am Ende des Monats erreicht, in dem der Beamte das 68. Lebensjahr vollendet hat. Im Kalenderjahr 1951 gilt die Vollendung des 67., im Kalenderjahr 1952 die Vollendung des 66. und von 1953 ab die Vollendung des 65. Lebensjahres als Altersgrenze.

2. Ausnahmen kann der Ministerpräsident im Benehmen mit dem Ministerrat aus Wiedergutmachungsgründen oder wenn ein dringendes staatliches Bedürfnis vorliegt bewilligen. Eine Verlängerung des Dienstverhältnisses über das 68. Lebensjahr hinaus kann nur erfolgen, wenn der Beamte vor dem 8. Mai 1945 aus politischen Gründen aus seinem Amt oder Berufe verdrängt war.

3. Die Bestimmungen der Ziff. 1 finden auch auf Angestellte und Arbeiter sinngemäße Anwendung, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder tarifliche Vereinbarungen entgegenstehen.

4. Die Bestimmung des Art. 57 Abs. 2 BG wird wie folgt geändert:

Einen Antrag auf Zurruhesetzung kann der Beamte auf Zeit oder Lebenszeit auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit schon vom vollendeten 62. Lebensjahr an stellen, wenn die oberste Dienstbehörde auf die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle verzichtet. Unter Verzicht auf Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle kann die oberste Dienstbehörde die Zurruhesetzung eines Beamten, der das 62. Lebensjahr vollendet hat, auch gegen dessen Willen beantragen.

5. In allen Verwaltungen darf grundsätzlich jede zweite freiwerdende Stelle für Beamte, Angestellte und Arbeiter nicht wieder besetzt werden. Ausnahmen kann der Ministerpräsident im Benehmen mit dem Ministerrat nur aus dringenden sachlichen Gründen bewilligen.

6. In den Ministerien und Landesbezirksdirektionen, deren Geschäftskreis durch die Errichtung der Bundesrepublik oder durch den Abbau der Zwangswirtschaft besonders stark berührt ist (Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeit), ist im Laufe dieses Rechnungsjahres, nötigenfalls unter Anwendung des Art. 42 BG, ein noch weiter verringerter Personalstand zu erreichen, der durch den Ministerrat in einem besonderen Personalplan festgelegt wird. Dieser Personalplan unterliegt der Zustimmung des Landtags.

§ 14

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1950 in Kraft.

Stuttgart, den 3. August 1950

Die Regierung des Landes Württemberg-Baden:

Dr. Reinhold Maier J. Beyerle Fr. Ulrich
Th. Bäuerle Dr. Kaufmann Stooß

Amtsblatt [1]) S. 144, [2]) S. 257

— Reg.Blatt Nr. 15 vom 8. September 1950, S. 71

Anlage zum Haushaltsgesetz

Staatshaushaltsplan (Gesamtplan)

für das Rechnungsjahr 1950

(1. April 1950 bis 31. März 1951)

A. Ordentlicher Haushalt

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	Einzelplan I:						
	Landtag, Staatsministerium usw.						
1	Landtag	21 000	—	21 000	689 500	—	689 500
2	Staatsministerium, Präsidialstelle	19 000	250	19 250	777 100	380 700	1 157 800
3	Landesbeamtenstelle — künftig wegfallend	6 150	—	6 150	234 100	—	234 100
4	Staatsgerichtshof	—	—	—	6 000	—	6 000
5	Vertretung des Landes Württemberg-Baden bei der Bundesregierung in Bonn	3 050	—	3 050	233 850	—	233 850
6	Archivdirektion	900	—	900	187 750	—	187 750
7	Regierungsblatt, Staatsanzeiger und Heimatdienst	330 050	—	330 050	512 200	—	512 200
8	Ministerium für politische Befreiung — in Abwicklung	642 600	—	642 600	1 153 800	340 800	1 494 600
	Summe Einzelplan I	**1 022 750**	**250**	**1 023 000**	**3 794 300**	**721 500**	**4 515 800**
	Einzelplan II:						
	Justizverwaltung						
1	Ministerium und Nebenstelle Karlsruhe	11 000	3 700	14 700	1 055 000	516 700	1 571 700
2	Wiedergutmachung	200	550	750	14 284 000	7 132 250	21 416 250
3	Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notariate	9 475 000	5 750 400	15 225 400	14 748 500	10 238 200	24 986 700
4	Strafvollzug und Entlassenenfürsorge	1 226 000	760 450	1 986 450	4 606 600	3 495 500	8 102 100
	Summe Einzelplan II	**10 712 200**	**6 515 100**	**17 227 300**	**34 694 100**	**21 382 650**	**56 076 750**
	Einzelplan III:						
	Innenverwaltung						
1	Ministerium, Landesbezirksdirektion	299 000	1 550	300 550	2 954 800	1 024 850	3 979 650
2	Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	15 000	—	15 000	3 991 100	5 070 000	9 061 100
3	Verwaltungsgerichtshof	200	50	250	229 600	123 950	353 550
4	Verwaltungsgericht	300	50	350	235 950	174 350	410 300
5	Vertreter des öffentlichen Interesses	—	—	—	38 350	36 800	75 150
6	Bergwesen	100	—	100	30 800	—	30 800
7	Bezirksverwaltung	19 500	905 050	924 550	1 629 300	2 934 200	4 563 500
8	Polizei	196 500	110 200	306 700	20 382 500	15 507 550	35 890 050
9	Landesamt für Kriminalerkennungsdienst und Polizeistatistik und Außenstelle Karlsruhe	1 500	50	1 550	876 000	239 200	1 115 200
11	Allgemeine Gesundheitsverwaltung	22 000	10 500	32 050	3 085 000	2 079 500	5 164 500
12	Gesundheitsämter	243 000	211 000	454 000	2 365 500	1 729 500	4 095 000
13	Medizinisches Landesuntersuchungamt, Medizinaluntersuchungsamt Heidelberg	224 000	90 050	314 050	271 600	106 300	377 900
14	Staatl. Anstalt für Lebensmitteluntersuchungen in Ulm						
	Staatl. Lebensmitteluntersuchungsanstalt Karlsruhe	42 000	122 500	164 500	42 000	133 500	175 500

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—668 500	—	—668 500	—	—	—	—	—	—
—758 100	—380 450	—1 138 550	—	—	—	—	16 000	16 000
—227 950	—	—227 950	—	—	—	3 000	—	3 000
—6 000	—	—6 000	—	—	—	—	—	—
—230 800	—	—230 800	—	—	—	10 000	—	10 000
—186 850	—	—186 850	—	—	—	—	—	—
—182 150	—	—182 150	—	—	—	—	—	—
—511 200	—340 800	—852 000	160 000	—	160 000	400 000	—	400 000
—2 771 550	**—721 250**	**—3 492 800**	**160 000**	**—**	**160 000**	**413 000**	**16 000**	**429 000**
—1 044 000	—513 000	—1 557 000	—	—	—	5 000	—	5 000
—14 283 800	—7 131 700	—21 415 500	—	—	—	—	—	—
—5 273 500	—4 487 800	—9 761 300	—	—	—	205 500	172 500	378 000
—3 380 600	—2 735 050	—6 115 650	—	—	—	184 600	162 000	346 600
—23 981 900	**—14 867 550**	**—38 849 450**	**—**	**—**	**—**	**395 100**	**334 500**	**729 600**
—2 655 800	—1 023 300	—3 679 100	—	—	—	59 500	—	59 500
—3 976 100	—5 070 000	—9 046 100	—	—	—	1 507 500	2 250 000	3 757 500
—229 400	—123 900	—353 300	—	—	—	—	—	—
—235 650	—174 300	—409 950	—	—	—	—	—	—
—38 350	—36 800	—75 150	—	—	—	—	—	—
—30 700	—	—30 700	—	—	—	—	—	—
—1 609 800	—2 029 150	—3 638 950	—	—	—	300 000	200 000	500 000
—20 186 000	—15 397 350	—35 583 350	—	—	—	532 500	443 600	976 100
—874 500	—239 150	—1 113 650	—	—	—	7 500	—	7 500
—3 063 000	—2 069 450	—5 132 450	—	—	—	1 242 000	960 000	2 202 000
—2 122 500	—1 518 500	—3 641 000	—	—	—	41 500	47 500	89 000
—47 600	—16 250	—63 850	—	—	—	50 000	—	50 000
—	—11 000	—11 000	—	—	—	—	10 000	10 000

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Ordentlicher Haushalt

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. III: Innenverwaltung)						
15	Überwachung des Verkehrs mit Wein	100	—	100	26 600	—	26 600
16	Heilanstalten (einschl. Privatirrenanstalt)						
	Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch	2 486 800	2 732 000	5 218 800	2 694 200	2 839 400	5 533 600
17	Landeshebammenschule, Landesfrauenklinik	510 500	381 100	891 600	816 600	618 000	1 434 600
18	Veterinärwesen	52 800	20 100	72 900	905 900	572 600	1 478 500
19	Tierärztliches Landesuntersuchungamt						
	Tierhygienisches Institut	81 000	17 150	98 150	303 300	42 700	346 000
20	Tierkörperbeseitigungsanstalten	—	—	—	—	—	—
21	Wohlfahrtswesen	—	70 000	70 000	7 655 950	9 323 250	16 979 200
21 a	Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen	41 300	246 000	287 300	298 750	692 100	990 850
21 b	Landesamt für Soforthilfe	400	50	450	244 000	182 100	426 100
22	Öffentliche Erziehung	—	284 350	284 350	675 500	631 550	1 307 050
23	Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen	—	—	—	47 700	—	47 700
24	Badisches Statistisches Landesamt	—	336 050	336 050	—	1 068 200	1 068 200
25	Feuerlöschwesen	200	52 250	52 450	1 056 300	720 800	1 777 100
26	Technisches Landesamt	324 100	—	324 100	17 538 000	—	17 538 000
27	Autobahnen	101 100	—	101 100	854 000	—	854 000
28	Vermessungswesen	1 447 500	—	1 447 500	3 224 700	—	3 224 700
29	Liegenschaftskataster	100	—	100	306 000	—	306 000
	Summe Einzelplan III	**6 109 000**	**5 589 600**	**11 698 600**	**72 780 000**	**45 850 400**	**118 630 400**
	Einzelplan IV:						
	Kultverwaltung						
	Ministerium						
1	Ministerium, Landesbezirksdirektion	7 100	10 400	17 500	7 220 500	4 818 200	12 038 700
	Kultus						
2	Evangelische Kirchenleitung	—	—	—	254 700		
	Kultus	—	—	—	—	1 929 300	2 184 000
3	Evangelische Seminare	2 750	—	2 750	256 850	—	256 850
4	Diensteinkommen der evangelischen Geistlichen und sonstige Aufwendungen für die evang. Kirche	—	—	—	5 669 750	—	5 669 750
5	Diensteinkommen der kath. Geistlichen und sonstige Aufwendungen für die kath. Kirche	—	—	—	2 299 650	—	2 299 650
6	Beiträge zur Israelitischen Religionsgemeinschaft	—	—	—	315 000	—	315 000
6 a	Beiträge an die altkath. Kirche und an freireligiöse Gemeinden	—	—	—	9 300	—	9 300
	Wissenschaft						
7	Universität Heidelberg	—	6 564 000	6 564 000	—	12 697 300	12 697 300
8	Technische Hochschule Stuttgart, Technische Hochschule Karlsruhe	1 425 500	1 091 700	2 517 200	4 233 350	3 799 150	8 032 500
9	Staatl. Wirtschaftshochschule Mannheim	—	191 200	191 200	—	572 000	572 000
10	Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim	675 500	—	675 500	2 064 900	—	2 064 900
11	Landessternwarte bei Heidelberg	—	5 200	5 200	—	85 600	85 600
12	Staatl. Chemisch-technische Prüfungs- und Versuchsanstalt Karlsruhe	—	30 700	30 700	—	94 850	94 850

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—26 500	—	—26 500	—	—	—	—	—	—
—207 400	—107 400	—314 800	—	—	—	92 000	106 000	198 000
—306 100	—236 900	—543 000	—	—	—	100 600	68 800	169 400
—853 100	—552 500	—1 405 600	—	—	—	—	—	—
—222 300	—25 550	—247 850	—	—	—	50 000	—	50 000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—7 655 950	—9 253 250	—16 909 200	—	—	—	—	—	—
—257 450	—446 100	—703 550	—	—	—	—	—	—
—243 600	—182 050	—425 650	—	—	—	15 000	13 600	28 600
—675 500	—347 200	—1 022 700	—	—	—	—	—	—
—47 700	—	—47 700	—	—	—	—	—	—
—	—732 150	—732 150	—	328 750	328 750	—	617 500	617 500
—1 056 100	—668 550	—1 724 650	—	—	—	—	27 000	27 000
—17 213 900	—	—17 213 900	—	—	—	5 197 500	—	5 197 500
—752 900	—	—752 900	—	—	—	22 500	—	22 500
—1 777 200	—	—1 777 200	—	—	—	38 600	—	38 600
—305 900	—	—305 900	—	—	—	45 000	—	45 000
—66 671 000	**—40 260 800**	**—106931800**	**—**	**328 750**	**328 750**	**9 301 700**	**4 744 000**	**14 045 700**
—7 213 400	—4 807 800	—12 021 200	—	—	—	6 057 000	4 015 000	10 072 000
—254 700								
—	—1 929 300	—2 184 000	—	—	—	—	283 000	283 000
—254 100	—	—254 100	—	—	—	—	—	—
—5 669 750	—	—5 669 750	—	—	—	235 150	—	235 150
—2 299 650	—	—2 299 650	—	—	—	576 650	—	576 650
—315 000	—	—315 000	—	—	—	300 000	—	300 000
—9 300	—	—9 300	—	—	—	—	—	—
—	—6 133 300	—6 133 300	—	—	—	—	381 800	381 800
—2 807 850	—2 707 450	—5 515 300	—	—	—	371 500	471 200	842 700
—	—380 800	—380 800	—	—	—	—	—	—
—1 389 400	—	—1 389 400	—	—	—	18 500	—	18 500
—	—80 400	—80 400	—	—	—	—	—	—
—	—64 150	—64 150	—	—	—	—	—	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Ordentlicher Haushalt

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. IV: Kultverwaltung)						
13	Forschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung an der Techn. Hochschule Karlsruhe	—	—	—	—	—	—
14	Forschungsinstitut für Chemie des Holzes und der Polysaccharide in Heidelberg	—	—	—	—	25 100	25 100
15	Institut für Virusforschung in Heidelberg	—	100	100	—	177 300	177 300
	Erziehung						
16	Süddeutsche Büchereischule Stuttgart	7 500	—	7 500	17 550	—	17 550
17	Berufspädagogisches Institut in Stuttgart	27 100	—	27 100	132 150	—	132 150
18	Staatsbauschule Stuttgart, Staatstechnikum Karlsruhe	121 600	142 300	263 900	480 650	792 100	1 272 750
19	Staatl. Ingenieurschule Eßlingen a. N.	136 050	—	136 050	564 850	—	—
	Staatsbeiträge für nichtstaatl. höhere Fachschulen	—	—	—	—	100 000	664 850
20	Höhere Fachschule für das Edelmetallgewerbe in Schwäb. Gmünd, Staatl. Meisterschule für das deutsche Edelmetall- und Schmuckgewerbe in Pforzheim	35 700	12 900	48 600	227 050	233 200	460 250
21	Meisterschulen sowie gewerb. und kaufmänn. Berufsschulen usw., Meisterschulen und Wirtschaftsoberschulen sowie gewerbl. und kaufmänn. Berufsschulen usw.	2 578 300	2 685 000	5 263 300	5 351 100	6 093 200	11 444 300
23	Frauenberufsfachschulen, Frauenfachschulen und Hauswirtschaftliche Berufsschulen	640 050	271 100	911 150	1 328 400	629 600	1 958 000
24	Landwirtschaftliche Berufsschulen für Jungen	137 050	—	—	302 800	—	—
	Landwirtschaftliche Berufsschulen für Jungen und Mädchen	—	461 500	598 550	—	1 052 600	1 355 400
25	Landwirtschaftsschulen	—	—	—	197 600	—	197 600
25 a	Höhere Landbauschule Nürtingen	53 800	—	53 800	139 700	—	139 700
26	Seminar für Studienreferendare	—	—	—	200 800	184 900	385 700
27	Höhere Schulen	8 850 300	6 220 100	15 070 400	14 348 100	10 438 700	24 786 800
28	Oberschulen in Aufbauform	—	—	—	—	—	—
29	Lehrerbildungsanstalten	435 750	36 700	472 450	1 678 600	401 400	2 080 000
30	Hauswirtschaftliches Seminar Kirchheim u. Teck, Hauswirtschaftliches Seminar im Aufbau Karlsruhe	93 100	100	93 200	306 200	50 000	356 200
31	Gehörlosen- (Schwerhörigen-) und Blindenschulen	46 000	88 000	134 000	584 400	525 000	1 109 400
32	Landeswaisenhaus Schwäb. Gmünd	34 000	—	34 000	267 250	—	267 250
33	Aufsichtskosten für die Volksschulen	650	3 800	4 450	532 500	354 300	886 800
34	Volksschulen, Mittelschulen und landw. Berufsschulen für Mädchen	11 950 050	—	—	34 971 500	—	—
	Volksschulen	—	7 441 300	19 391 350	—	21 623 900	56 595 400
35	Kosten der Prüfungen und der Fortbildung der Lehrer	—	30 000	30 000	199 400	126 400	325 800
35 a	Lehrerbeiräte und Landesschulbeirat	—	—	—	7 500	5 000	12 500
36	Landesanstalt für Erziehung und Unterricht	30 350	—	30 350	68 600	—	68 600
37	Landesanstalt für Physikunterricht	10 150	—	10 150	32 050	—	32 050

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—25 100	—25 100	—	—	—	—	—	—
—	—177 200	—177 200	—	—	—	—	—	—
—10 050	—	—10 050	—	—	—	—	—	—
—105 050	—	—105 050	—	—	—	14 000	—	14 000
—359 050	—649 800	—1 008 850	—	—	—	50 000	60 000	110 000
—428 800	—	—	—	—	—	20 000	—	20 000
—	—100 000	—528 800	—	—	—	—	—	—
—191 350	—220 300	—411 650	—	—	—	8 000	27 000	35 000
—2 772 800	—3 408 200	—6 181 000	—	—	—	—	—	—
—688 350	—358 500	—1 046 850	—	—	—	—	—	—
—165 750	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—591 100	—756 850	—	—	—	—	—	—
—197 600	—	—197 600	—	—	—	—	—	—
—85 900	—	—85 900	—	—	—	27 000	—	27 000
—200 800	—184 900	—385 700	—	—	—	—	—	—
—5 497 800	—4 218 600	—9 716 400	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—1 242 850	—364 700	—1 607 550	—	—	—	25 000	—	25 000
—213 100	—49 900	—263 000	—	—	—	15 000	—	15 000
—538 400	—437 000	—975 400	—	—	—	—	—	—
—233 250	—	—233 250	—	—	—	—	—	—
—531 850	—350 500	—882 350	—	—	—	7 500	25 000	32 500
—23 021 450	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—14 182 600	—37 204 050	—	—	—	—	—	—
—199 400	—96 400	—295 800	—	—	—	—	—	—
—7 500	—5 000	—12 500	—	—	—	—	—	—
—38 250	—	—38 250	—	—	—	2 500	—	2 500
—21 900	—	—21 900	—	—	—	—	—	—

A. Ordentlicher Haushalt

Kap	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. IV: Kultverwaltung)						
	Volksbildung						
38	Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht	—	—	—	110 700	44 700	155 400
39	Staatl. Hochschule für Musik in Stuttgart	298 500	—	298 500	488 300	—	488 300
40	Staatl. Akademie der bildenden Künste in Stuttgart, Akademie der bildenden Künste in Karlsruhe	80 100	10 100	90 200	532 100	274 700	806 800
41	Landeskunstsammlungen, Kunsthalle in Karlsruhe	7 600	2 200	9 800	443 600	199 700	643 300
42	Landesmuseum mit Münzabteilung in Karlsruhe	—	300	300	—	190 400	190 400
43	Landesamt für Denkmalpflege	200	150	350	331 950	569 150	901 100
44	Naturschutzstellen; Bad. Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege	350	100	450	61 600	23 000	84 600
45	Staatl. Museum für Naturkunde, Landessammlung für Naturkunde in Karlsruhe	300	500	800	158 600	94 600	253 200
46	Württ. Staatstheater Stuttgart; Bad. Staatstheater Karlsruhe	2 875 100	1 429 900	4 305 000	3 750 700	1 997 400	5 748 100
47	Landesbibliothek	4 050	300	4 350	418 250	195 500	613 750
48	Staatl. Volksbüchereistelle	22 500	9 700	32 200	91 700	37 900	129 600
49	Kommission für Landesgeschichte	3 000	—	—	10 750	—	—
	Generallandesarchiv in Karlsruhe	—	800	3 800	—	126 700	137 450
50	Begabtenförderung	—	—	—	693 000	448 000	1 141 000
51	Jugendpflege, freie Volksbildung und körperliche Erziehung	—	—	—	2 405 000	1 730 000	4 135 000
52	Sonstiger Aufwand für Wissenschaft und Kunst	150 000	100 000	250 000	567 500	949 800	1 517 300
	Summe Einzelplan IV	**30 740 050**	**26 840 150**	**57 580 200**	**94 326 500**	**73 690 650**	**168 017 150**
	Einzelplan V:						
	Finanzverwaltung						
1	Ministerium mit Bauabt. und Staatsschuldenverw. Landesbezirksdirektion	625 050	650	625 700	2 359 700	1 184 500	3 544 200
2	Kassen- und Rechnungsabteilung mit Landeshauptkasse, Landeshauptkasse	11 000	7 050	18 050	591 300	531 900	1 123 200
3	Staatsschuldenverwaltung	—	100	100	—	122 650	122 650
4	Steuerverwaltung — Zentralverwaltung	3 600	2 800	6 400	1 537 500	1 051 200	2 588 700
5	Steuerverwaltung — Bezirksverwaltung	440 000	870 300	1 310 300	16 382 400	10 058 700	26 441 100
6	Hochbauverwaltung	88 050	50 100	138 150	1 153 200	1 654 700	2 807 900
7	Liegenschaftsverwaltung, Domänen	553 850	1 561 100	2 114 950	1 925 650	1 858 800	3 784 450
7 a	Verwaltung des ehemaligen N. S.-Vermögens	559 000	157 000	716 000	559 000	157 000	716 000
8	Verwaltung des Vermögens der früheren Wehrmacht usw.	2 924 400	626 000	3 550 400	2 924 400	626 000	3 550 400
9	Bergwesen	—	38 050	38 050	—	42 650	42 650
10	Berg- und Hüttenwerke	38 000	—	38 000	162 650	—	162 650
11	Salinen	—	—	—	—	—	—
12	Münze	421 550	340 100	761 650	314 550	250 600	565 150
13	Statistisches Landesamt; Geologisches Landesamt in Heidelberg	838 000	3 100	841 100	3 306 000	52 850	3 358 850
14	Straßen- und Wasserbau	—	183 550	183 550	—	7 285 300	7 285 300

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—110 700	—44 700	—155 400	—	—	—	47 000	11 000	58 000
—189 800	—	—189 800	—	—	—	—	—	—
—452 000	—264 600	—716 600	—	—	—	19 600	8 000	27 600
—436 000	—197 500	—633 500	—	—	—	30 000	10 000	40 000
—	—190 100	—190 100	—	—	—	—	30 000	30 000
—331 750	—569 000	—900 750	—	—	—	237 500	410 000	647 500
—61 250	—22 900	—84 150	—	—	—	7 500	—	7 500
—158 300	—94 100	—252 400	—	—	—	10 000	4 000	14 000
—875 600	—567 500	—1 443 100	—	—	—	26 100	30 000	56 100
—414 200	—195 200	—609 400	—	—	—	21 000	5 000	26 000
—69 200	—28 200	—97 400	—	—	—	—	—	—
—7 750	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—125 900	—133 650	—	—	—	—	—	—
—693 000	—448 000	—1 141 000	—	—	—	—	—	—
—2 405 000	—1 730 000	—4 135 000	—	—	—	—	—	—
—417 500	—849 800	—1 267 300	—	—	—	10 000	67 500	77 500
—63 586 450	**—46 850 500**	**—110436950**	—	—	—	**8 136 500**	**5 838 500**	**13 975 000**
—1 734 650	—1 183 850	—2 918 500	—	—	—	—	—	—
—580 300	—524 850	—1 105 150	—	—	—	—	—	—
—	—122 550	—122 550	—	—	—	—	—	—
—1 533 900	—1 048 400	—2 582 300	—	—	—	35 000	21 000	56 000
—15 942 400	—9 188 400	—25 130 800	—	—	—	458 000	271 000	729 000
—1 065 150	—1 604 600	—2 669 750	—	—	—	21 000	15 500	36 500
—1 371 800	—297 700	—1 669 500	—	—	—	250 000	—	250 000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—4 600	—4 600	—	—	—	—	—	—
—124 650	—	—124 650	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
+107 000	+89 500	+196 500	—	—	—	—	—	—
—2 468 000	—49 750	—2 517 750	767 000	—	767 000	1 414 000	—	1 414 000
—	—7 101 750	—7 101 750	—	—	—	—	2 527 000	2 527 000

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Ordentlicher Haushalt

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. V: Finanzverwaltung)						
15	Autobahnen	—	5 500	5 500	—	86 000	86 000
16	Landesvermessung	—	604 050	604 050	—	1 744 450	1 744 450
17	Liegenschaftskataster	—	—	—	—	465 600	465 600
18	Hafenverwaltung	—	2 065 500	2 065 500	—	5 751 000	5 751 000
19	Staatl. Fernheiz-, Elektrizitäts- und Wasserwerk Karlsruhe	—	378 050	378 050	—	595 900	595 900
	Summe Einzelplan V	**6 502 500**	**6 893 000**	**13 395 500**	**31 216 350**	**33 519 800**	**64 736 150**
	Einzelplan VI:						
	Wirtschaftsverwaltung						
1	Ministerium, Landesbezirksdirektion	41 600	40 100	81 700	2 166 600	397 400	2 564 000
2	Preisüberwachungsstelle	350 200	280 100	630 300	289 500	197 500	487 000
4	Landesgewerbeamt	200 800	31 200	232 000	2 373 750	1 189 300	3 563 050
6	Eichwesen	406 500	301 500	708 000	396 900	299 900	696 800
7	Chemische Landesuntersuchungsanstalt Stuttgart	186 800	—	186 800	186 800	—	186 800
	Summe Einzelplan VI	**1 185 900**	**652 900**	**1 838 800**	**5 413 550**	**2 084 100**	**7 497 650**
	Einzelplan VII:						
	Landwirtschaftsverwaltung						
1	Ministerium, Landesbezirksdirektion	3 226 500	2 176 450	5 402 950	10 372 700	6 151 350	16 524 050
2	Allgemeine Landwirtschaft	243 250	254 000	497 250	2 653 750	2 020 900	4 674 650
3	Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg;	332 300	449 500	781 800	782 200	1 210 200	1 992 400
	Landwirtschaftl. Versuchs- und Forschungsanstalten						
4	Umlegung	42 300	42 300	84 600	2 269 200	1 459 300	3 728 500
5	Wasserwirtschaft	41 150	253 500	294 650	1 864 700	3 759 300	5 624 000
	Summe Einzelplan VII	**3 885 500**	**3 175 750**	**7 061 250**	**17 942 550**	**14 601 050**	**32 543 600**
	Einzelplan VIII:						
	Forstverwaltung						
1	Forstdirektion, Zentralverwaltung	12 200	5 450	17 650	759 500	417 200	1 176 700
2	Forstämter	29 692 900	5 969 900	35 662 800	17 524 700	5 335 100	22 859 800
3	Forstschule	20 100	30 050	50 150	54 800	70 700	125 500
4	Forstliche Versuchsanstalt	1 500	—	1 500	70 000	—	70 000
	Summe Einzelplan VIII	**29 726 700**	**6 005 400**	**35 732 100**	**18 409 000**	**5 823 000**	**24 232 000**
	Einzelplan IX:						
	Arbeitsverwaltung						
1	Ministerium, Landesbezirksdirektion	22 000	50	22 050	583 500	271 300	854 800
2	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	26 050	25 050	51 100	453 500	364 300	817 800
3	Gewerbeaufsicht	1 100	1 200	2 300	250 400	214 600	465 000
4	Landesarbeitsamt und Arbeitsämter	—	—	—	—	—	—
5	Arbeitslosenfürsorge	—	—	—	5 400 000	6 700 000	12 100 000
6	Sozialversicherung	—	—	—	490 000	170 500	660 500
7	Landesversicherungsamt	7 500	—	7 500	173 500	—	173 500
8	Oberversicherungsamt	32 000	26 800	58 800	532 300	526 700	1 059 000
9	Landesversicherungsanstalt	—	—	—	—	—	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—	—80 500	—80 500	—	—	—	—	5 000	5 000
—	—1 140 400	—1 140 400	—	—	—	—	66 800	66 800
—	—465 600	—465 600	—	—	—	—	10 800	10 800
—	—3 685 500	—3 685 500	—	—	—	—	2 800 500	2 800 500
—	—217 850	—217 850	—	—	—	—	—	—
—24 713 850	**—26 626 800**	**—51 340 650**	**767 000**	—	**767 000**	**2 178 000**	**5 717 600**	**7 895 600**
—2 125 000	—357 300	—2 482 300	—	—	—	9 500	7 500	17 000
+60 700	+82 600	+143 300	—	—	—	—	—	—
—2 172 950	—1 158 100	—3 331 050	—	—	—	100 000	40 000	140 000
+9 600	+1 600	+11 200	—	—	—	20 000	15 000	35 000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—4 227 650	**—1 431 200**	**—5 658 850**	—	—	—	**129 500**	**62 500**	**192 000**
—7 146 200	—3 974 900	—11 121 100	700 800	132 650	833 450	932 300	164 650	1 096 950
—2 410 500	—1 766 900	—4 177 400	—	—	—	72 900	100 700	173 600
—499 900	—760 700	—1 210 600	—	—	—	38 500	88 900	127 400
—2 226 900	—1 417 000	—3 643 900	—	—	—	—	7 000	7 000
—1 823 550	—3 505 800	—5 329 350	—	—	—	—	1 387 000	1 387 000
—14 057 050	**—11 425 300**	**—25 482 350**	**700 800**	**132 650**	**833 450**	**1 043 700**	**1 748 250**	**2 791 950**
—747 300	—411 750	—1 159 050	—	—	—	80 000	30 000	110 000
+12 168 200	+634 800	+12 803 000	—	—	—	70 000	35 000	105 000
—34 700	—40 650	—75 350	—	—	—	—	—	—
—68 500	—	—68 500	—	—	—	—	—	—
+11 317 700	**+182 400**	**+11 500 100**	—	—	—	**150 000**	**65 000**	**215 000**
—561 500	—271 250	—832 750	—	—	—	8 000	4 000	12 000
—427 450	—339 250	—766 700	—	—	—	13 000	10 000	23 000
—249 300	—213 400	—462 700	—	—	—	8 000	2 000	10 000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—5 400 000	—6 700 000	—12 100 000	—	—	—	—	—	—
—490 000	—170 500	—660 500	—	—	—	—	—	—
—166 000	—	—166 000	—	—	—	—	—	—
—500 300	—449 900	—1 000 200	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Ordentlicher Haushalt B. Außerordentlicher Haushalt

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen			Rohausgaben		
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. IX: Arbeitsverwaltung)						
10	Landesversicherungsanstalt, Abt. KB.-Leistungen	60 700	1 800	62 500	16 641 700	11 465 600	28 107 300
11	Zentralkliniken Göppingen	3 700 000	—	3 700 000	4 549 600	—	4 549 600
12	Versicherungsamt Stuttgart	100	—	100	171 300	—	171 300
	Summe Einzelplan IX	**3 849 450**	**54 900**	**3 904 350**	**29 245 800**	**19 713 000**	**48 958 800**
	Einzelplan X:						
	Verkehrsverwaltung						
1	Ministerium	5 000	—	5 000	454 000	—	454 000
3	Wasserstraßenverwaltung	—	—	—	3 150 000	—	3 150 000
	Summe Einzelplan X	**5 000**	—	**5 000**	**3 604 000**	—	**3 604 000**
	Einzelplan XII:						
	Rechnungshof						
1	Rechnungshof	—	5 150	5 150	—	342 000	342 000
	Summe Einzelplan XII	—	**5 150**	**5 150**	—	**342 000**	**342 000**
	Einzelplan XIII:						
	Allgemeine Finanzverwaltung						
1	Steuern	479 790 000	224 960 000	704 750 000	300 000	200 000	500 000
2	Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden	8 579 600	4 895 600	13 475 200	89 385 000	37 729 200	127 114 200
3	Gebühren	1 501 000	—	1 501 000	40 000	—	40 000
4	Gebäude	2 538 800	860 000	3 398 800	6 846 000	5 020 000	11 866 000
5	Vermögen und Schulden	2 519 700	953 000	3 472 700	36 000 000	22 365 000	58 365 000
6	Versorgung	320 000	255 150	575 150	35 445 000	28 193 800	63 638 800
7	Unterstützungen und Beihilfen	7 900	4 500	12 400	1 480 700	1 012 000	2 492 700
8	Allgemeiner Verfügungsbetrag	—	—	—	100 000	65 000	165 000
9	Renten, Zinsen und Entschädigungen	—	—	—	208 500	—	208 500
10	Verschiedene Einnahmen und Ausgaben	3 101 000	2 106 000	5 207 000	3 888 200	3 348 000	7 236 200
11	Zuschüsse zu übergebietlichen Einrichtungen	496 000	780 000	1 276 000	5 620 000	4 370 600	9 990 600
	Summe Einzelplan XIII	**498 854 000**	**234 814 250**	**733 668 250**	**179 313 400**	**102 303 600**	**281 617 000**
	Einzelplan XIV:						
1	Besatzungslasten	—	—	—	22 500 000	15 000 000	37 500 000
	Summe Einzelplan XIV	—	—	—	**22 500 000**	**15 000 000**	**37 500 000**
	Zuschuß an den Außerordentlichen Haushalt bis zu	—	—	—	**34 868 200**	—	**34 868 200**
	Einzelplan XV:						
	B. Außerordentlicher Haushalt						
1	Innenverwaltung	—	—	—	62 929 000	33 554 000	96 483 000
2	Finanzverwaltung	—	—	—	1 090 000	1 075 000	2 165 000
3	Wirtschaftsverwaltung	—	—	—	4 800 000	10 295 000	15 095 000
4	Landwirtschaftsverwaltung	—	—	—	9 280 000	6 270 000	15 550 000
5	Verkehrsverwaltung	—	—	—	15 855 000	—	15 855 000

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
			Einnahmen			Ausgaben		
Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
—16 581 000	—11 463 800	—28 044 800	—	—	—	—	—	—
—849 600	—	—849 600	—	—	—	100 000	—	100 000
—171 200	—	—171 200	—	—	—	—	—	—
—25 396 350	**—19 658 100**	**—45 054 450**	—	—	—	**129 000**	**16 000**	**145 000**
—449 000	—	—449 000	—	—	—	—	—	—
—3 150 000	—	—3 150 000	—	—	—	3 150 000	—	3 150 000
—3 599 000	—	**—3 599 000**	—	—	—	**3 150 000**	—	**3 150 000**
—	—336 850	—336 850	—	—	—	—	—	—
—	**—336 850**	**—336 850**	—	—	—	—	—	—
+479490000	+224760000	+704250000	—	—	—	—	—	—
—80 805 400	—32 833 600	—113639000	—	—	—	—	—	—
+1 461 000	—	+1 461 000	—	—	—	—	—	—
—4 307 200	—4 160 000	—8 467 200	—	—	—	—	—	—
—33 480 300	—21 412 000	—54 892 300	—	—	—	—	—	—
—35 125 000	—27 938 650	—63 063 650	—	—	—	—	—	—
—1 472 800	—1 007 500	—2 480 300	—	—	—	—	—	—
—100 000	—65 000	—165 000	—	—	—	—	—	—
—208 500	—	—208 500	—	—	—	—	—	—
—787 200	—1 242 000	—2 029 200	—	—	—	—	560 000	560 000
—5 124 000	—3 590 600	—8 714 600	—	—	—	—	—	—
+319540600	**+132510650**	**+452051250**	—	—	—	—	**560 000**	**560 000**
—22 500 000	—15 000 000	—37 500 000	—	—	—	—	—	—
—22 500 000	**—15 000 000**	**—37 500 000**	—	—	—	—	—	—
—34 868 200	—	**—34 868 200**	—	—	—	**34 868 200**	—	**34 868 200**
—62 929 000	—33 554 000	—96 483 000						
—1 090 000	—1 075 000	—2 165 000						
—4 800 000	—10 295 000	—15 095 000						
—9 280 000	—6 270 000	—15 550 000						
—15 855 000	—	—15 855 000						

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Außerordentlicher Haushalt Wiederholung

Kap.	Gegenstand	Beträge für 1950					
		Roheinnahmen					
		Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM
	(noch Epl. XV: Außerordentlicher Haushalt)						
6	Allgemeine Finanzverwaltung . .	—	-	—	14 393 500	20 240 000	34 633 500
7	Aus Umstellungsgrundschulden .	6 800 000	7 000 000	13 800 000	—	—	—
8	Aus Darlehen des Bundes	18 180 000	12 120 000	30 300 000	—	—	—
9	Aus Mitteln des Bundesausgleichs für Umstellungsgrundschulden .	4 220 000	880 000	5 100 000	—	—	—
10	Aus Mitteln des Soforthilfefonds .	7 100 000	—	7 100 000	—	—	—
11	Aus Rückerstattung vom Soforthilfefonds	6 052 000	3 554 000	9 606 000	—	—	—
12	Anteil des Landes Bayern an den Kosten zur Wiederherstellung der Mainbrücke Wertheim . .	—	150 000	150 000	—	—	—
13	Zuschuß aus dem Ordentlichen Haushalt bis zu	34 868 200	—	34 868 200	—	—	—
14	Aus Anleihen	31 127 300	47 730 000	78 857 300	—	—	—
	Summe Einzelplan XV	**108 347 500**	**71 434 000**	**179 781 500**	**108 347 500**	**71 434 000**	**179 781 500**
	Wiederholung						
	A. Ordentlicher Haushalt						
I	Landtag, Staatsministerium usw. .	1 022 750	250	1 023 000	3 794 300	721 500	4 515 800
II	Justizverwaltung	10 712 200	6 515 100	17 227 300	34 694 100	21 382 650	56 076 750
III	Innenverwaltung	6 109 000	5 589 600	11 698 600	72 780 000	45 850 400	118 630 400
IV	Kultverwaltung	30 740 050	26 840 150	57 580 200	94 326 500	73 690 650	168 017 150
V	Finanzverwaltung	6 502 500	6 893 000	13 395 500	31 216 350	33 519 800	64 736 150
VI	Wirtschaftsverwaltung	1 185 900	652 900	1 838 800	5 413 550	2 084 100	7 497 650
VII	Landwirtschaftsverwaltung . . .	3 885 500	3 175 750	7 061 250	17 942 550	14 601 050	32 543 600
VIII	Forstverwaltung	29 726 700	6 005 400	35 732 100	18 409 000	5 823 000	24 232 000
IX	Arbeitsverwaltung	3 849 450	54 900	3 904 350	29 245 800	19 713 000	48 958 800
X	Verkehrsverwaltung	5 000	—	5 000	3 604 000	—	3 604 000
XII	Rechnungshof	—	5 150	5 150	—	342 000	342 000
XIII	Allgemeine Finanzverwaltung . .	498 854 000	234 814 250	733 668 250	179 313 400	102 303 600	281 617 000
XIV	Besatzungslasten	—	—	—	22 500 000	15 000 000	37 500 000
	Summe A. Ordentlicher Haushalt	**592 593 050**	**290 546 450**	**883 139 500**	**513 239 550**	**335 031 750**	**848 271 300**
	ab: Zuschuß an den Außerordentlichen Haushalt bis zu	—	—	—	34 868 200	—	34 868 200
		592 593 050	**290 546 450**	**883 139 500**	**548 107 750**	**335 031 750**	**883 139 500**
	B. Außerordentlicher Haushalt						
XV	Außerordentlicher Haushalt . . .	108 347 500	71 434 000	179 781 500	108 347 500	71 434 000	179 781 500
	Gesamtsumme	**700 940 550**	**361 980 450**	**1 062 921 000**	**656 455 250**	**406 465 750**	**1 062 921 000**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Überschuß (+) Zuschuß (—)			Darunter Einmalige					
				Einnahmen			Ausgaben		
	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	zus. DM	Württ. DM	Baden DM	DM zus.
	—14 393 500	—20 240 000	—34 633 500						
	+6 800 000	+7 000 000	+13 800 000						
	+18 180 000	+12 120 000	+30 300 000						
	+4 220 000	+880 000	+5 100 000						
	+7 100 000	—	+7 100 000						
	+6 052 000	+3 554 000	+9 606 000						
	—	+ 150 000	+ 150 000						
	+34 868 200	—	+34 868 200						
	+31 127 300	+47 730 000	+78 857 300						
	—	—	—						
	—2 771 550	—721 250	—5 492 800	160 000	—	160 000	413 000	16 000	429 000
	—23 981 900	—14 867 550	—38 849 450	—	—	—	395 100	334 500	729 600
	—66 671 000	—40 260 800	—106931800	—	328 750	328 750	9 301 700	4 744 000	14 045 700
	—63 586 450	—46 850 500	—110436950	—	—	—	8 136 500	5 838 500	13 975 000
	—24 713 850	—26 626 800	—51 340 650	767 000	—	767 000	2 178 000	5 717 600	7 895 600
	—4 227 650	—1 431 200	—5 658 850	—	—	—	129 500	62 500	192 000
	—14 057 050	—11 425 300	—25 482 350	700 800	132 650	833 450	1 043 700	1 748 250	2 791 950
	+11 317 700	+182 400	+11 500 100	—	—	—	150 000	65 000	215 000
	—25 396 350	—19 658 100	—45 054 450	—	—	—	129 000	16 000	145 000
	—3 599 000	—	—3 599 000	—	—	—	3 150 000	—	3 150 000
	—	—336 850	—336 850	—	—	—	—	—	—
	+319540600	+132510650	+452051250	—	—	—	—	560 000	560 000
	—22 500 000	—15 000 000	—37 500 000	—	—	—	—	—	—
	+79 353 500	**—44 485 300**	**+34 868 200**	**1 627 800**	**461 400**	**2 089 200**	**25 026 500**	**19 102 350**	**44 128 850**
	—34 868 200	—	—34 868 200	—	—	—	34 868 200	—	34 868 200
	+44 485 300	**—44 485 300**	Ausgleichg.	—	—	—	**59 894 700**	—	**78 997 050**
	—	—	—						
	+44 485 300	**—44 485 300**	Ausgleichg.						

II. Bekanntmachungen und Runderlasse

Bevollmächtigter für das Feuerlöschwesen im Landesbezirk Baden

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — vom 15. September 1950 Nr. 48 543/IVa

An die Landratsämter und an die Stadtverwaltungen Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim.

Der Bevollmächtigte für das Feuerlöschwesen — Regierungsrat Dr. Altenbach, Bruchsal — ist nun auch außerhalb der Dienststunden unter der Fernsprechnummer 324 Bruchsal zu erreichen.

Im Auftrag
Staiger

Aufbaugesetz und Baulandgesetz, - hier - Allgemeine Genehmigung Nr. 19 bzw. 33 zu den Militärregierungsgesetzen Nr. 52 bzw. 53

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — vom 15. September 1950 Nr. 49388/IVa

An die Landratsämter, die Stadtverwaltungen Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim und Bruchsal.

Das Innenministerium hat folgenden im Amtsblatt des Innenministeriums 1950 Seite 150 veröffentlichten Runderlaß vom 18. Juli 1950 Nr. V Ho 2748 herausgegeben:

„Im Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland Nr. 20 vom 20. Mai 1950, Seite 318 ist zu den Gesetzen Nr. 52, 53 und 59 der Militärregierung eine allgemeine Genehmigung Nr. 19 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten für Deutschland veröffentlicht. Die Genehmigung gestattet unbeschadet der Vorschriften der Gesetze Nr. 52 und 53 der Militärregierung und der Rechte eines Berechtigten auf Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände gemäß Gesetz Nr. 59 der Militärregierung die Vornahme aller Rechtshandlungen, die mit der Übertragung von Vermögenswerten im Zusammenhang stehen und die entweder freiwillig (in Fällen, wo Enteignungen hätten vorgenommen werden können) oder durch Ausübung des Enteignungsrechtes im öffentlichen Interesse vorgenommen werden, um eine bestehende Gefährdung der Allgemeinheit zu beseitigen oder um Wiederaufbauprogramme gemäß Stadtbauplänen oder Baugrundberichtigungsprogrammen durchzuführen, welche gegenwärtig nach in den Ländern der amerikanischen Zone oder in der Stadt Berlin bestehenden Gesetzen zulässig sind.

Die allgemeine Genehmigung hat besondere Bedeutung für die Baulandumlegung, soweit Grundstücke einbezogen sind, die unter Vermögenskontrolle nach den vorerwähnten Gesetzen stehen. Die Gemeindebehörden werden daher auf die Bestimmungen der Genehmigung besonders hingewiesen. Es ist hiernach insbesondere folgendes zu beachten:

a) Die geschützten Grundstücke können zum Flächenabzug für öffentliche Zwecke (§§ 7 und 8 BLG) wie andere Grundstücke herangezogen werden,

b) für die Abtretung von Grundstücken, die Gegenstand des Gesetzes Nr. 52 sind, an die Gemeinden (Kleinstücke, Verkehrs- und Erholungsflächen, Flächen für sonstige öffentliche Zwecke) ist eine Entschädigung zu gewähren und auf ein Sperrkonto bei einem im amerikanischen Kontrollgebiet Deutschlands gelegenen Bankunternehmen auf den Namen des Eigentümers einzuzahlen. Die Frage, ob in den hier in Betracht kommenden Fällen für Flächen, die nach § 19 Abs. 1 BLG unentgeltlich abzutreten sind, ebenfalls eine Entschädigung zu leisten ist, wird noch geklärt,

c) der frühere Eigentümer oder sein Rechtsnachfolger, der seinen Anspruch auf Rückerstattung nach einem im amerikanischen Kontrollgebiet geltenden Rückerstattungsgesetz mit Erfolg geltend gemacht hat, ist im Umlegungsverfahren als Beteiligter zu behandeln; es sind ihm daher nach der Genehmigung des Umlegungsplans Auszüge aus dem Zuteilungs- und Entschädigungsverzeichnis zuzustellen,

d) Grundstücke, die von den Besatzungsstreitkräften requiriert sind, dürfen in eine Umlegung nicht einbezogen werden,

e) abwesende oder nichtdeutsche Eigentümer, deren Grundstücke unter Vermögenskontrolle stehen, können bei dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten für Deutschland oder bei einer von diesem bestimmten Behörde eine besondere Beschwerde mit der Begründung einlegen, daß eine unterschiedliche oder sonst unbillige Behandlung erfolgt sei.

Die Bestimmungen der allgemeinen Genehmigung sind auch bei Enteignungen zur Durchführung von Bebauungsplänen anzuwenden."

Wir weisen außerdem noch darauf hin, daß durch die allgemeine Genehmigung Nr. 9 bzw. 2 in der im Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission vom 20. Juli 1950 Nr. 27 Seite 496 veröffentlichten berichtigten Fassung eine Enteignung auch allgemein genehmigt ist auf Grund des W. B. Gesetzes Nr. 65 zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform vom 30. Oktober 1946 (Reg.Bl. S. 263) [1]) dem Reichssiedlungsgesetz vom Jahre 1919, geänderte Fassung, und anderer in Kraft befindlichen Gesetzesvorschriften über das Siedlungswesen, die in erster Linie die Schaffung von landwirtschaftlichen Ansiedlungen, Kleinsiedlungen zwecks Selbstversorgung durch Nebenbeschäftigung, Eigenheimsiedlungen und Land- oder Vorstadtsiedlungen für städtische und industrielle Arbeiter bezwecken.

Im Auftrag
Staiger

[1]) Amtsblatt 1947 S. 1

Paßwesen - hier - Einreisebestimmungen nach Paraguay

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — vom 16. September 1950 Nr. 48408/VA Norm. XXII [3]

An die Landratsämter und an die Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Das Generalkonsulat für Paraguay in Frankfurt am Main, Weidmannstraße 21, hat folgende Einreisebestimmungen mitgeteilt:

„Für die Einreise nach Paraguay sind folgende Dokumente erforderlich:

1. Einreisegenehmigung des Departamento de Tierrasy Colonias in Paraguay,
2. Gültiger Reisepaß des Heimatstaates,
3. Polizeiliches Führungszeugnis der letzten 5 Jahre,
4. Amtsärztliches Attest,
5. Impfschein gegen Pocken,
6. Berufsbescheinigung.

Für eine Reise nach Paraguay ist eine Berufsbescheinigung nicht erforderlich.

Durchreisegenehmigungen für Paraguay werden nicht erteilt."

Um Beachtung wird ersucht.

Dr. Unser

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fortführung der Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — vom 21. September 1950 Nr. 49 051/VA

An die Landratsämter, die Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Zum Zwecke der Beschaffung von brauchbaren Unterlagen für eine weitere Nachforschung nach Kriegsgefangenen und Vermißten sowie für den Rechtsschutz und die Betreuung der Kriegsgefangenen in den Gewahrsamsländern ist durch Erlaß des Bundesministeriums des Innern eine Fortführung der in der Zeit vom 1. bis 11. März 1950 im Bundesgebiet durchgeführten Registrierung von Kriegsgefangenen und sonstigen aus Anlaß des Krieges vermißten Personen angeordnet worden. Mit dieser Aufgabe wurde für das Land Württemberg-Baden wiederum das Württ. Statistische Landesamt in Stuttgart betraut. Die Fortschreibung der Registrierung muß lükkenlos erfolgen und wird daher mit Rückwirkung vom 15. März 1950 an durchgeführt. Es gelten hierfür die gleichen Bestimmungen, wie sie mit Erlaß des Innenministeriums vom 9. Februar 1950 Nr. VII 132 im Staatsanzeiger veröffentlicht wurden. Die Fortschreibung umfaßt folgende Aufgaben:

1. Erfassung und Meldung der Heimkehrer.
2. Nachträgliche Registrierungen.
3. Veränderungsmeldungen über das Schicksal registrierter Kriegsgefangener usw.

Es wird insbesondere darauf ankommen, daß die Gemeinden für die zurückliegende Zeit ab 15. März 1950 die nach Ziffer 1 bis 3 erforderlichen Meldungen vollständig erstatten. Die Fortführung der Registrierung ist in geeigneter Weise bekanntzumachen, wobei die Bevölkerung insbesondere auf die Anmeldung aller seit dem 15. März 1950 eingetretenen Veränderungen gemäß Ziffer 1 bis 3 hinzuweisen ist.

Dr. Unser

Zuteilung von Schlüsselnummern für Kraftfahrzeuge und Anhänger

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Innere Verwaltung — vom 21. September 1950 Nr. 49288/VA

An die Landratsämter, an die Stadtverwaltungen — Ämter für öffentliche Ordnung und Sicherheit — Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim, an alle Polizeidienststellen,
nachrichtlich: an das Landesamt für Kriminalerkennungsdienst und Polizeistatistik — Außenstelle — Karlsruhe, an den Technischen Überwachungsverein.

Dem Landratsamt in Leonberg wurde zu der bisherigen Schlüsselnummer AW-44 zusätzlich die Kreisnummer

W 44

zugeteilt.

Wir ersuchen um Beachtung und um Ergänzung der Nummernverzeichnisse.

Dr. Unser

Sprechtage

Runderlaß des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht — vom 22. September 1950 Nr. AI 4357

An sämtliche unterstellten Dienststellen (einschließlich der Schulen und Hochschulen).

In letzter Zeit hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß nicht nur Lehrkräfte, sondern auch die Dienstvorstände einzelner Dienststellen bei der Abteilung ohne Rücksicht auf die eingeführten Sprechtage (Montag und Mittwoch) beliebig auch zu anderen Zeiten vorsprechen.

Der Geschäftsstand bei der Abteilung ist derart hoch, daß infolge der persönlichen Vorsprachen der Fortgang der Arbeiten empfindlich gestört und verzögert wird.

Wir bringen daher unseren Runderlaß vom 10. 1. 1946 Nr. AI 59 (Amtsblatt Seite 49/50) in Erinnerung, wonach Vorsprachen und Besuche jeweils nur am Montag und Mittwoch, soweit sie nicht auf gesetzliche Feiertage fallen, und zwar von 9 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr zugelassen sind.

Besucher, die zu anderen Zeiten vorsprechen wollen, können — abgesehen von ganz dringenden Fällen — nicht mehr empfangen werden, auch wenn sie von auswärts kommen.

M. d. F. d G. b.
Dr. Franz

Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen, Fachrichtung Kunsterziehung, Frühjahr 1951

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht vom 14. September 1950 Nr. B 16411

Es ist beabsichtigt, im Frühjahr 1951, und zwar voraussichtlich im April, eine Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen, Fachrichtung Kunsterziehung, abzuhalten. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind bis 10. Oktober 1950 bei der Landesbezirksdirektion für Kultus und Unterricht in Karlsruhe, Nördliche Hildepromenade 2, einzureichen.

Die Prüfung wird mit geringen Änderungen nach Maßgabe der Prüfungsordnung für das künstlerische Lehramt an Höheren Schulen im Deutschen Reich vom 20. August 1940 (E VIIa 726, E III c, V a, E II (a) abgehalten werden. Die in der Prüfungsordnung enthaltenen nationalsozialistischen Forderungen kommen in Wegfall.

Der Meldung sind anzuschließen:

a) der vorgeschriebene politische Meldebogen (Abschrift) und der Spruchkammerentscheid,
b) ein Lebenslauf, der einen eingehenden Bericht über Gang und Umfang der Studien enthalten soll, mit Angabe des Wahlfaches und des für die künstlerische oder schriftliche Hausarbeit gewünschten Faches oder Gebietes,
c) das Reifezeugnis,
d) die Studiennachweise,
e) ein Staatsangehörigsausweis,
f) ein Leumundszeugnis neuesten Standes,
g) u. U. das Zeugnis über die abgelegte Prüfung im wissenschaftlichen Beifach,
h) zwei Lichtbilder (Paßbilder).

Verspätet eingereichte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Im Auftrag
Eichelberger

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Notenstufen in den Schulzeugnissen

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Kultus und Unterricht — vom 21. September 1950 Nr. B 7406

Notengebung in den Höheren Schulen, den Volks- und Berufsschulen

I.

Für die Bewertung der Leistungen in den einzelnen Unterrichtsfächern werden mit Beginn des Schuljahres 1950/51 folgende Noten festgelegt:

sehr gut	(1)
gut	(2)
befriedigend	(3)
ausreichend	(4)
ungenügend	(5)
ganz ungenügend	(6)

An der Volksschule kann von der Erteilung der Note ganz ungenügend (6) abgesehen werden.

Für die Erteilung dieser Noten geben die folgenden Richtlinien einen Anhalt:

a) Die Note „sehr gut (1)" ist eine besondere Auszeichnung. Sie soll erteilt werden, wenn die Leistungen durch ihre Selbständigkeit oder ihren Wissensumfang und ihre Form über „gut" erheblich hinausragen,

b) die Note „gut (2)" ist zu erteilen, wenn die Leistungen den durch den Lehrplan bestimmten Anforderungen inhaltlich wie der Form nach entsprechen; dabei ist ein im Verhältnis zu der Schwierigkeit der Anforderungen geringes Maß von Fehlleistungen nicht ausgeschlossen,

c) die Note „befriedigend (3)" ist die Normalnote; sie ist bei einer normalen, der Altersstufe entsprechenden Durchschnittsleistungen zu geben; ein mittleres Maß von Fehlleistungen darf nicht überschritten sein,

d) die Note „ausreichend (4)" ist zu erteilen, wenn die Leistungen zwar ausreichen, aber nach Zahl und Art der Fehlleistungen beträchtliche Schwächen aufweisen,

e) für nicht mehr als ausreichend zu bezeichnende Leistungen gilt im allgemeinen die Note „ungenügend (5)".

f) Leistungen, die grundlegende Kenntnisse in weitem Umfang vermissen lassen, sind mit der Note „ganz ungenügend (6)" zu bewerten.

Diese Noten sind sowohl für die schriftlichen und mündlichen Einzelleistungen, wie auch in den Zeugnissen zu erteilen.

Für die Einzelleistungen, dagegen nicht in Zeugnissen, sind Zwischennoten mit Ausnahme einer solchen zwischen „ausreichend" und „ungenügend" zulässig. Es ist stets zu entscheiden, ob die Leistungen „ausreichend" oder „ungenügend" sind.

II.

Zur Gesamtbeurteilung gehören Urteile über das Betragen sowie über Fleiß und Mitarbeit des Schülers.

1. Für das Betragen eines Schülers werden die Noten: gut, noch befriedigend, unbefriedigend festgesetzt.

a) Die Note „gut" gilt als Normalfall; sie ist auch bei geringfügigen Beanstandungen nicht ausgeschlossen,

b) die Note „noch befriedigend" ist angezeigt, wenn das Betragen des Schülers nicht dem entspricht, was von ihm billigerweise erwartet werden kann. Sie soll einen nachdrücklichen Ansporn zur Besserung zum Ausdruck bringen,

c) bei schweren Strafen und bei wiederholten schweren Verfehlungen ist die Note „unbefriedigend" zu erteilen.

Als Abkürzungen für den Gebrauch in den Notenlisten sind die Zahlen 1 = „gut", 2 = „noch befriedigend", 3 = „unbefriedigend" zulässig.

2. Für Fleiß und Mitarbeit gelten die Noten: „sehr gut", „gut", „noch befriedigend", „unbefriedigend".

a) Die Note „sehr gut" gilt als besondere Auszeichnung. Sie soll erteilt werden, wenn der Fleiß und die Mitarbeit des Schülers uneingeschränktes Lob verdienen,

b) die Note „gut" ist als Normalfall anzusehen. Sie kann auch noch bei geringfügigeren Ausstellungen erteilt werden,

c) die Note „noch befriedigend" ist zu geben, wenn Fleiß und Mitarbeit nicht dem entsprechen, was billigerweise erwartet werden kann. Durch diese Note soll der Schüler angespornt werden, sich zu bessern,

d) bei hartnäckiger Faulheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Unterricht ist die Note „unbefriedigend" angezeigt.

Als Abkürzungen für den Gebrauch in den Notenlisten können die Zahlen 1 = „sehr gut", 2 = „gut", 3 = „noch befriedigend" und 4 = „unbefriedigend" benutzt werden.

3. Es ist zulässig, die Notenbezeichnungen für Betragen, Fleiß und Mitarbeit durch Zusätze zu erläutern, einzuschränken oder zu erweitern, z. B. „im ganzen gut", „nicht durchweg gut", „Betragen im allgemeinen gut, hat aber in letzter Zeit Anlaß zu Tadel gegeben" oder „Mitarbeit zwar noch befriedigend, muß aber reger werden". Unter der Rubrik „Bemerkungen" kann auch eine ausführlichere allgemeine Beurteilung aufgenommen werden.

III.

In den Zeugnisheften und den Zeugnisvordrucken sind die Stufenleitern der Noten für die Bewertung der Leistungen, des Betragens und für Fleiß und Mitarbeit abzudrucken. Die alten Vordrucke sind aufzubrauchen, jedoch entsprechend zu ändern oder zu ergänzen.

IV.

Die bisher für die Notengebung geltenden Bestimmungen treten mit Beginn des Schuljahres 1950/51 außer Kraft.

M. d. F. d. G. b.
Dr. Franz

Verbindung des neuen Liegenschaftskatasters (Reichskataster) mit dem Grundbuch

Bekanntmachung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abteilung Finanzen — (Abteilung für Straßen-, Wasser- und Vermessungswesen) vom 12. September Nr. L 7130—13b5

Gemäß Runderlaß des Reichsministeriums des Innern vom 14. Januar 1941 (RMBliV. S. 113) in Verbindung mit der Verordnung des Reichsjustizministeriums vom 23. Januar 1940 (RGBl. I S. 240) ist das neue Liegenschaftskataster der nachverzeichneten Gemarkungen an die Stelle des bisherigen amtlichen Verzeichnisses der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung (RGBl. 1935 I. S. 1073) getreten.

Gemarkung	Landkreis	Amtsgerichtsbezirk	rechtskräftig am
Gauangelloch	Heidelberg	Heidelberg	18. 6. 1950
Merchingen	Buchen	Adelsheim	1. 8. 1950
Hüngheim	„	„	1. 8. 1950
Steinbach	„	Buchen	1. 8. 1950
Stürzenhardt	„	„	1. 8. 1950
Rumpfen	„	„	1. 8. 1950
Boxtal	Tauberbischofsheim	Wertheim	15. 8. 1950
Sachsenhausen	„	„	15. 8. 1950

Reuß

Herausgeber und Schriftleitung: Präsidialstelle des Landesbezirks Baden in Karlsruhe, Maximilianstraße 8. Druck und Verlag: Badenia, Verlag und Druckerei, A.-G., Karlsruhe. — Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 1,30 DM, einschließlich 0,04 DM Beförderungsgebühr, zuzüglich 0,18 DM Zustellgebühr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg